

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**

Bereits vor der Pandemie litt ein grosser Anteil der Kinder und Jugendlichen unter erheblichen psychischen Belastungen. Gemäss der Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Bern verdoppelte sich in den letzten 15 Jahren die Zahl hilfeschender Kinder und Jugendlicher. Durch die Coronakrise wurde die bereits bestehende Unterversorgung bei den psychiatrischen Diensten noch verschärft. Denn für Kinder und Jugendliche sind die indirekten Folgen der Coronakrise wie fehlende Perspektiven, Schulschliessungen, Zunahme sozialer Ungleichheiten etc. besonders belastend. So entwickelte ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz im ersten Lockdown psychische Probleme; Beratungen zum Thema Suizidgedanken haben rund 40% zugenommen (Pro Juventute Corona-Report, 2021). Die Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Bern verzeichnete während der zweiten Welle im Herbst 2020 sowohl bei den ambulanten als auch stationären Behandlungen von Kindern und Jugendlichen eine Zunahme von mehr als 50% im Vergleich zu 2019 – also vor der Pandemie. Der Anstieg hat auch zur Folge, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien voll ausgelastet oder sogar überlastet sind.

Gleichzeitig wurde weltweit wenig in ihre psychische Gesundheit investiert (UNICEF-Bericht, 2021), obwohl durch eine frühe Erkennung und Behandlung ungünstige Krankheitsverläufe verringert werden können. Es ist deshalb zentral, dass entsprechende Unterstützungsangebote vorhanden sind. Ansonsten wird durch die Pandemie nicht nur das Leben einer ganzen Generation beeinträchtigt, sondern sie wird auch über Jahrzehnte hohe soziale Kosten verursachen (Pro Juventute Corona-Report). In der Schweiz beliefen sich bereits im Jahr 2010 die Kosten psychischer Erkrankungen auf geschätzte 11 Milliarden Franken (Obsan Bericht 72 2016:59).

Auch in der Stadt Bern nahmen bereits vor der Covid-19-Pandemie gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen zu. Die Pandemie hat diese Problematiken weiter verstärkt: So ist dem Jahresbericht 2020 der Stadt Bern zu entnehmen, dass aufgrund der verschiedenen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung die «Aufrechterhaltung der sozialen und psychischen Gesundheit» von Kindern und Jugendlichen «anspruchsvoll» sei (S. 369). Zudem wird prognostiziert, dass die Unterstützungsangebote «über die Pandemie hinaus einen grossen Zulauf haben werden, da mit längerfristigen Schereneffekten und einer Beeinträchtigung der Chancengerechtigkeit für eine gesunde und soziale Entwicklung zu rechnen» sei (S. 369). Auch der Gemeinderat hielt im Oktober 2020 fest, dass auf die zugenommenen schulischen, gesundheitlichen und sozialen Schereneffekte auch künftig noch mit Massnahmen entgegengewirkt werden müsse (vgl. Interpellation SP/JUSO-Fraktion 2020.SR.000197).

Der Gemeinderat wird daher gebeten, zu prüfen:

1. Welche Massnahmen die Stadt Bern ergreifen kann, um ihren Handlungsspielraum zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auszuschöpfen.
2. Was die Voraussetzungen sind, um wiederkehrende Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen an den Berner Schulen obligatorisch durchzuführen, damit sichergestellt wird, dass alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden.
3. Wie sich die Auswirkungen der Coronakrise auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bern, welche der Gemeinderat bereits in der Antwort auf die oben genannte Interpellation (2020.SR.000197) im Oktober 2020 beschrieb, entwickelt haben.

Bern, 16. Dezember 2021

*Erstunterzeichnende: Valentina Achermann, Sara Schmid, Alina Irene Murano*

*Mitunterzeichnende: Diego Bigger, Mohamed Abdirahim, Nicole Bieri, Ayse Turgul, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Lena Allenspach, Katharina Altas, Michael Sutter, Nora Krummen, Bernadette Häfliger, Edith Siegenthaler, Barbara Keller, Timur Akçasayar, Barbara Nyffeler*

### **Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. Mai 2022

Der Gemeinderat